

## 3 Fragen zu Agrarthemen in Nordhessen

*Wir haben VertreterInnen aller im Bundestag vertretenen Parteien (außer AfD) angeschrieben, die bereits MdB waren und/oder als DirektkandidatInnen aus Nordhessen antreten.*

*Hier alle drei Fragen und die zum Teil recht ausführlichen Antworten im Original.*



### Frage 1

„Wachsen statt Weichen“ war lange der Glaubensgrundsatz der Agrarpolitik. Doch mittlerweile erkennen selbst hartnäckige Verfechter einer weltmarktorientierten Produktion, dass dies kein Weg für die heimische Landwirtschaft sein kann. Global gibt es immer einen billigeren Anbieter.

**Welche konkreten Möglichkeiten sehen Sie für die nordhessische Landwirtschaft, die durch politische Maßnahmen in Berlin gefördert werden können?**



**Michael Aufenanger, CDU**

Die Politik muss auf allen Ebenen dafür sorgen, dass konventionelle und ökologische Landwirtschaft in der Öffentlichkeit mehr Wertschätzung erfahren. Als CDU/CSU haben wir uns in unserem Wahlprogramm dafür ausgesprochen, dass die Landwirtschaft aus dem Hamsterrad der permanenten Effizienzsteigerung unter Industriebedingungen befreit werden muss und wir konsequent auf Nachhaltigkeit setzen.

Wir wollen der Landwirtschaft in allen Sparten neue Wege, Perspektiven und Chancen aufzeigen sowie die Landwirtschaft beim ökologischen Wandel verlässlich begleiten. Für die Landwirte möchten wir attraktive und vielseitige Einkommensmöglichkeiten schaffen sowie gerade in der Schule ein realistisches Bild ihres Berufs vermitteln. Konkret wollen wir mehr Tierwohl mit finanzieller Wertschätzung verknüpfen (z.B. mittels eines Tierwohlstall-Förderungsgesetzes, der Entwicklung emissionsarmer Modellställe, verlässliche Regelungen für Tiertransporte), mit neuen Techniken produktiver wirtschaften (z.B. mittels Digitalisierung und neuer molekularbiologischer Züchtungstechnologien), nachhaltige Landwirtschaft ermöglichen und honorieren (z.B. mittels der finanziellen Förderung von Klimaleistungen und dem Beitrag der

Landwirtschaft zum Natur- und Artenschutz, der Förderung des Ökolandbaus; Förderung von Natur-, Klima-, Arten- und Moorschutzleistungen durch Kooperationen und Anreize; Absicherung der landwirtschaftlichen Betriebe gegen die Risiken des Klimawandels), das Unternehmertum Landwirtschaft stärken (z.B. durch die Erhöhung der Junglandwirte-Prämie, die Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für Agrar-Startups mit der Einrichtung eines Agri-FoodTech-Wagniskapitalfonds).



### **Armin Schwarz, CDU**

Glücklicherweise stamme ich aus einer Region, in der die ursprünglichen bäuerlichen Strukturen noch sehr traditionell von den Landwirten auf kleinen und mittelständischen Familienbetrieben aufrechterhalten werden. Ca. 2/3 der Höfe werden im landwirtschaftlichen Nebenerwerb bewirtschaftet, die Haupterwerbsbetriebe sind familiengeführt und Orte gelebter Landwirtschaft, die zu den dörflichen Strukturen gehören.

Fremdarbeitskräfte gibt es nur wenige, auf den Höfen arbeiten die Familien meist generationsübergreifend zusammen, alle packen mit an. Ein großer Anteil an Flächen wird extensiv bewirtschaftet. Eine gewerbliche Agrarproduktion in großem Stil ist in den Landkreisen Waldeck-Frankenberg und Kassel-Land nicht vorhanden.



### **Dr. Bettina Hoffmann, BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN**

Das System des „Immer billiger, immer mehr“ hat die Landwirtschaft in einen Teufelskreis getrieben: Bäuer\*innen werden von Dumpingpreisen erdrückt und müssen immer mehr produzieren, um zu überleben. Ich will die Weichen neu stellen und das System so verändern, dass eine regionale und nachhaltige Landwirtschaft rentabel wird. Das Ziel muss sein, die regionale Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung zu stärken und so auch dem Betriebessterben der letzten Jahre entgegenzutreten.

Dazu gehören faire Wettbewerbsbedingungen gegenüber importierten Lebensmitteln. In öffentlichen Einrichtungen wollen wir Grüne verstärkt regionale und ökologische Produkte einsetzen – so schaffen wir Nachfrage und faire Preise. Wir unterstützen Regionalsiegel und Direktvermarktungen der Betriebe durch lokale Einkaufs-Apps und Regionalwerbung und sorgen mit einer klaren Definition von regionalen Produkten für Schutz vor Betrug. Bäuer\*innen müssen von ihrer Arbeit leben können. Wir wollen daher gegen Dumpingpreise, den Verkauf von Lebensmitteln unter Erzeugerpreis und Konzentration in der Lebensmittelbranche vorgehen. Ganz konkret bedeutet das, die Möglichkeiten des Wettbewerbs- und Kartellrechts sowie der EU-Richtlinie gegen unlautere Handelspraktiken zu nutzen.



### **Dr. Peter Koswig, BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN**

Die bisherige Landwirtschaftspolitik, die entscheidend von Landwirtschaftsministern der CDU/CSU geprägt war, halte ich für gescheitert. Die Zahl der bäuerlichen Betriebe ist von 1 Million im Jahr 1970 auf 263.000 in 2020 zurückgegangen. Alleine seit 2005 mussten 130.000 Betriebe aufgeben.

Profitiert davon haben die tonangebenden Großbetriebe. Um diesen Vorgang aufzuhalten, sind primär kleine und mittlere Betriebe zu fördern, beispielsweise durch eine Abstufung der Prämienzahlungen: Für die ersten Hektare sollten deutlich höhere Beträge gezahlt werden, als für die ab hundert oder eintausend.

Auch der Umstieg auf eine ökologische Landwirtschaft bietet sich in unserer Region an und ist entsprechend nachhaltig und verlässlich zu fördern. Durch Subventionen günstig gemachte Lebensmittelexporte rauben vielfach in Afrika den dortigen Bauern die Existenzgrundlage. Diese Praxis ist zu beenden.



### **Boris Mijatovic, BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN**

Lebensmittel müssen nicht über lange Strecken transportiert werden, wenn sie regional ebenfalls erzeugt und damit viel näher zum Verbrauch vermarktet werden können. Der Preiskampf auf dem internationalen Agrarmarkt deckt weder die Produktionskosten noch die der Umwelt- und Naturbelastungen und er untergräbt auch eine gedeihliche Entwicklung kleinerer Märkte. Weder in Deutschland und Europa, noch in den Ländern des globalen Südens profitieren die Bauern davon.

Gerade hat die deutsche Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD den Einsatz für einen Wandel in der europäischen Agrarpolitik verpasst. Weiterhin werden zu viele Fördermittel einfach nach Fläche vergeben und nicht konsequent an Nachhaltigkeitsstandards geknüpft. Dennoch gibt es nationale Spielräume, die wir unbedingt nutzen sollten. Eine grün-geführte Bundesregierung würde in die Förderung nachhaltiger Produktion, wie zum Beispiel Ökolandbau und in die Stärkung von Wertschöpfungsketten vor Ort investieren. So würde der Schutz von Biodiversität, Boden und Grundwasser gewährleistet. Außerdem würde sie vor Ort und bei Importen die Einhaltung von Arbeits- und Umweltstandards einfordern.

Wir Grüne stehen für Klasse statt Masse. Einen Preiskampf um die global billigsten Preise können die nordhessischen Betriebe nicht gewinnen. Um regionale Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung zu stärken, wollen wir einen Förderschwerpunkt in der GAK (Gemeinschaftsaufgabe Agrar- und Küstenschutz) etablieren.



### **Timo Gremmels, SPD**

Die Landwirtschaft hat eine zentrale Rolle bei der Bekämpfung des Klimawandels und dem Erhalt der Artenvielfalt. Wir werden daher die Agrarförderung so ausrichten, dass eine umweltschonende Landwirtschaft im Wettbewerb mithalten kann. Lebensmittel sind unsere Lebensgrundlage. Sie sollten auch den Landwirt\*innen ihre Lebensgrundlage sichern. Dies geht nur mit fairen Preisen für hochwertige Nahrungsmittel. Wir werden im Lebensmittelhandel unfairen Handelspraktiken einen Riegel vorschieben, denn sie schaden Verbraucher\*innen, Landwirt\*innen und fair handelnden Wettbewerbern. Wir setzen uns für anständige Löhne und gute Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in Land- und Fortwirtschaft ein. Wanderarbeiter\*innen in Saisonbetrieben der Landwirtschaft sind unverzichtbar für die Sicherung der Lebensmittelversorgung. Prekäre Arbeits- und Lebensbedingungen von Wanderarbeitnehmer\*innen werden wir bekämpfen.

Die Landwirtschaft nimmt eine herausragende Stellung für Natur und Umwelt ein. Ob konventioneller Familienbetrieb oder Öko-Anbau: Beide sind von der Politik als Partner zu sehen. Hessens ländliche Räume sind in ihrer sozialen, ökonomischen und ökologischen Entwicklung auf eine lebens- und leistungsfähige Landwirtschaft angewiesen. Daher schadet jede Schwächung unserer Betriebe auch dem ländlichen Raum und seiner Kulturlandschaft.

Wir wollen Arbeitsplätze und Wertschöpfung auf dem Land vermehren und die dezentrale Direktvermarktung stärken. Verbraucherinnen und Verbraucher wollen zunehmend regionale, gesunde Produkte. Gentechnik hat da keinen Platz!

Wir wollen aber auch die Unterstützung unserer Landwirte bei der Schaffung neuer beruflicher Perspektiven und Einkommensmöglichkeiten, beispielsweise durch den Anbau nachwachsender Rohstoffe und die Erschließung Erneuerbarer Energien.



### **Sabine Leidig, DIE LINKE**

Lebensmittel werden oft Hunderte oder Tausende Kilometer transportiert, bevor sie auf den Tisch kommen. In der Lebensmittelkette dominieren große Konzerne, die ihre Gewinne auf Kosten von Menschen und Umwelt machen. Kleine und ökologische Betriebe haben es schwer.

Die Agrarwirtschaft wird europaweit immer stärker auf den Export ausgerichtet. Dies trägt zur Zerstörung lokaler landwirtschaftlicher Strukturen in vielen Ländern des Globalen Südens, aber auch hier vor Ort bei. Wir wollen eine sozial gerechte und auf das Gemeinwohl orientierte Landwirtschaft fördern, mit dem Schwerpunkt auf regionaler Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung. Und: In Landwirtschaft und Lebensmittelherstellung braucht es gute Arbeitsbedingungen. Vier große Einzelhandelskonzerne bestimmen 85 Prozent des Lebensmittelverkaufs in Deutschland und machen fette Profite, während viele Landwirt\*innen kaum über die Runden kommen. Das wollen wir grundlegend ändern.



Wir wollen bezahlbare und gesunde Nahrungsmittel für alle. Wir wollen regionale Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen als Gegenstrategie zur Marktmacht von Schlachthof-, Molkerei- und Handelskonzernen. Konzernmacht beschränken wir durch ein effektives, gemeinwohlorientiertes Kartellrecht. Verbindungen zwischen Wirtschaft und Politik müssen – nicht nur in der Landwirtschaft – durch ein verpflichtendes Lobbyregister offengelegt werden.

Wir fördern bäuerliche, genossenschaftliche und ökologische Landwirtschaft. Den Ökolandbau bauen wir aus auf mindestens 25 Prozent der Agrarfläche bis 2030. Genossenschaftliche Landwirtschaft, Formen der solidarischen Landwirtschaft sowie Erzeuger- und Vermarktungsgemeinschaften sind besonders zu unterstützen.

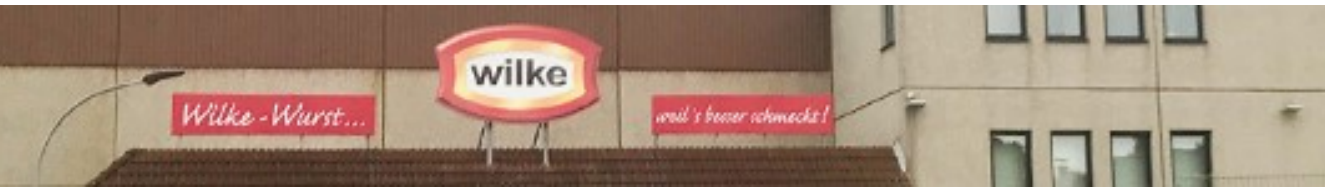


### **Heide Scheuch-Paschkewitz, DIE LINKE**

Konkrete Maßnahmen, ausschließlich für die nordhessische Landwirtschaft, sind wenig erfolgversprechend, wie Maßnahmen für den regionalen Klimaschutz. Trotzdem müssen wir im „Kleinen“ anfangen. Regionale Anbieter:innen müssen besser und stärker gefördert werden, z.B. in ihrer Vermarktung. So sollte es mehr Stände/Automaten u.a. in örtlichen Lebensmittelläden in allen Kommunen mit aussch. regionalen Produkten geben. Das wäre eine konkrete Maßnahme.

Wir wollen Boden verfügbar machen für regional verankerte Landwirtschaftsbetriebe und ländliche Bevölkerung. Ländliche und landwirtschaftliche Flächen gehören nicht in die Hand landwirtschaftsfremder Investoren. Öffentlichen Besitz an land- und forstwirtschaftlichen Flächen wollen wir stärken, wir fordern die Hessische Landesgesellschaft auf, Flächen zu kaufen und kleinen, landwirtschaftlichen Betrieben in (Erb-) Pacht zur Verfügung zu stellen, geknüpft an ökologische u. soziale Bedingungen.

Ebenso muss es europaweit gelingen, die Landwirtschaft so umzubauen, dass nicht mehr die Größe eines Betriebes ausschlaggebend für eine Subventionierung ist, sondern ökologische und soziale Faktoren Voraussetzung dafür werden. SoLaWi-Betriebe, genossenschaftliche Modelle und mehr solidarische, gemeinwohlorientierte Betriebe müssen besonders stark gefördert und ausgebaut werden, damit letztendlich auch für die Verbraucher:innen biologisch produzierte und tierwohl- und gemeinwohlorientierte Produkte für alle bezahlbar sind und bleiben.



## Frage 2

U.a. der Skandal um die Fleischfabrik Wilke in Berndorf (Kreis Waldeck-Frankenberg) hat gezeigt, dass Billigfleischprodukte eine Kette von inakzeptablen Zuständen bedingen: Qualzucht von Tieren, ausbeuterische Arbeitsbedingungen für Menschen bis hin zu Hygienemängeln und Gesundheitsgefährdung der Verbraucher.

**Wie ist Ihre Haltung/die Ihrer Partei zu diesen Missständen? Sehen Sie Möglichkeiten, hier von Seiten des Staates Verbesserungen zu erreichen?**



**Michael Aufenanger, CDU**

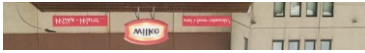
Gerade das Beispiel des Wilke-Wurst-Skandals zeigt, dass es entscheidend darauf ankommt, wie und wie oft die Betriebe (unangekündigt) getestet werden. Hier sind die staatlichen Stellen gefordert, ihrer festgeschriebenen Kontrollfunktion vollumfänglich nachzukommen und im Falle von so klaren und inakzeptablen Verstößen gegen bestehende Regeln auch spürbare Strafen durchzusetzen.



**Armin Schwarz, CDU**

Es gilt, das regionale Handwerk in den Mittelpunkt der Fleischverarbeitung und Vermarktung zu stellen. Um regionale Fleischerei- und Metzgereibetriebe mit dem Bezug von Schlachttieren aus dem örtlichen Umfeld zu fördern, hat beispielsweise der Landkreis Waldeck-Frankenberg bereits im letzten Jahr eine Förderrichtlinie entwickelt.

Kleine und mittelständige Betriebe, die ihre Tiere aus regionaler Herkunft vor Ort beziehen, können von einer Förderung für betriebliche Investitionen profitieren. Gleichzeitig soll mit der regionalen Fleischverarbeitung der Tier- und Umweltschutz gefördert werden. Lange Transportwege und Massenschlachtungen werden durch die Ausübung des Handwerks in regionalen kleinen Strukturen verhindert. Auch die verbrauchernahe Direktvermarktung von Lebensmitteln hat einen hohen Stellenwert.



### **Dr. Bettina Hoffmann, BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN**

Industrielle Massentierhaltung und Billigfleischexport in alle Welt sind mit einer klimagerechten Zukunft nicht vereinbar. Ein Teil der Lösung ist, dass deutlich weniger Tiere gehalten werden als bisher und diesen Tieren ein wesentlich besseres Leben ermöglicht wird. Tiere brauchen mehr Platz, Auslauf im Freien und Beschäftigung – das wollen wir Grüne artspezifisch verbindlich regeln und uns auch auf EU-Ebene für eine deutliche Anhebung der Tierschutzstandards einsetzen.

Wir Grüne wollen Tierschutz wirtschaftlich machen: durch eine Umbauförderung, die durch einen Tierschutz-Cent auf tierische Produkte finanziert wird, durch faire Preise und durch eine verpflichtende Haltungskennzeichnung für tierische Produkte. Statt tierquälerische Züchtung auf Hochleistung setze ich mich dafür ein, robuste Rassen und Zweinutzungsrassen zu fördern. In der Lebensmittelerzeugung und -verarbeitung müssen faire Bedingungen herrschen. Ein besserer Arbeits- und Gesundheitsschutz für Beschäftigte in Landwirtschaft und Fleischindustrie sind ebenso notwendig wie mehr Rechte für die Arbeitnehmer\*innen, tarifliche Löhne und starke Gewerkschaften.



### **Dr. Peter Koswig, BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN**

Lebensmittelkontrollen haben durch gut ausgebildete und überregional tätige Beamte zu erfolgen. Ein Hauptproblem im Wilke-Skandal war meiner Meinung nach die große Nähe zwischen örtlicher Aufsichtsbehörde und der Firma.

Einen guten Ansatz zur Eindämmung der Massentierhaltung sehe ich in der verpflichtenden Kennzeichnung von Haltungsbedingung, aber auch Futtereinsatz, bspw. der Verfütterung von gentechnisch hergestellten Bestandteilen. Bei Eiern sehen wir, wie gut das funktionieren kann: Käfigeier haben die meisten Läden gar nicht mehr im Angebot. Dort zeigt sich aber auch, dass weiter Käfigeier von der Lebensmittelindustrie verwendet werden, weil sie beispielsweise in Pizzen oder Keksen nicht gekennzeichnet werden müssen.

Im Gespräch mit dem Handel kann zusätzlich erreicht werden, das Fleisch aus schlechten Haltungsformen dort nicht mehr verkauft wird. Gute Ansätze dazu gibt es bereits. Stallneubauten sollten nur noch möglich sein, wenn die Zahl der Tiere nicht steigt und damit eine artgerechte Haltung mit Weidehaltung verbunden ist. Zumindest sollten aber die Kommunen über ihre Bebauungspläne über große Stallneubauten mitentscheiden können. Auch der niederländische Weg ist denkbar, wo der Staat große Ställe kauft, um sie stillzulegen. Erfreulicherweise geht der Fleischkonsum in Deutschland zurück, insbesondere bei Schweinefleisch sogar minus 20 % in den letzten zehn Jahren. Das ist gut für das Klima und für die Konsumenten. Nicht einfach umzusetzen, aber gut wirksam, erscheint mir die Möglichkeit, den normalen Steuersatz auf Fleisch aus Massentierhaltung zu erheben.



### **Boris Mijatovic, BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN**

Klar ist, dass wir mit dem System der billigen Fleischproduktion so nicht weiterkommen. Unmengen an Gülle wie auch Antibiotika- und Hormon-Reste aus der Tierhaltung belasten unsere ökologischen Systeme und unsere Gesundheit. Der Skandal um die Hygiene Bedingungen bei der Firma Wilke, die abgelaufene Waren in den Umlauf brachten, zeigt, dass wir auch in der weiteren Verarbeitung der Produkte massive Probleme haben, wenn Fleisch so billig hergestellt wird. Von den

Auswirkungen auf das Klima ganz zu schweigen. Nicht zuletzt sind auch die Arbeitsbedingungen in der Fleischindustrie seit Jahrzehnten ein sozialer Skandal. Jetzt erst hat die Bundesregierung angefangen, diese Missstände anzugehen. Wir brauchen dringend mehr und unabhängige Kontrollen von Hygiene- und Sozialstandards vor Ort. Dafür darf man aber keine Kontrollstellen einsparen sondern muss diese ausbauen.

Um dieses System zu verändern, bedarf es zahlreicher weiterer Maßnahmen und Schritte. Diese müssen jetzt eingeleitet werden, zum Beispiel muss die Tierhaltung konsequent an die für die Fütterung der Tiere vorhandene gekoppelt werden. Auch wollen wir Grüne eine gesetzlich einheitliche und aussagekräftige Haltungs-Kennzeichnung für Fleisch umsetzen. Wir haben bei den Eiern gesehen, dass eine Kennzeichnung sehr wohl für Aufmerksamkeit bei Verbraucher\*innen sorgt und eine echte Entscheidungshilfe darstellt. Dies muss auch an der Fleischtheke verlässlich gelingen.



### **Timo Gremmels, SPD**

Gerade auch hinsichtlich der damaligen Missstände in der früheren Fleischfabrik Wilke in Berndorf sagen wir: „Tierleid ist nicht zu rechtfertigen, auch nicht aus wirtschaftlichem Interesse. In der Nutztierhaltung setzen wir konsequent auf die Verbesserung des Tierwohls bei Einführung einer flächenbezogenen Obergrenze. Den Antibiotikaeinsatz werden wir reduzieren. Wir werden für die Einführung eines verpflichtenden staatlichen Tierwohllabels mit nachvollziehbaren Regeln sorgen und den Transport von lebenden Tieren auf acht Stunden begrenzen.“



### **Heide Scheuch-Paschkewitz, DIE LINKE**

Qualzucht von Tieren, ausbeuterische Arbeitsbedingungen für Menschen bis hin zu Hygienemängeln und Gesundheitsgefährdung der Verbraucher.

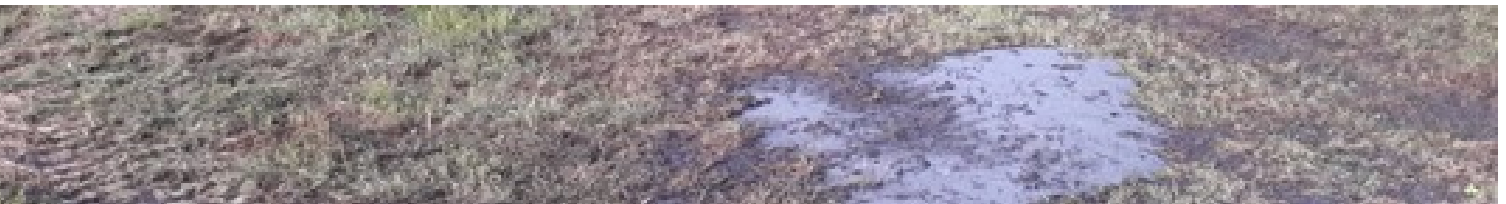
Zur Qualzucht, bzw. industriellen „Produktion“: Die Landwirtschaft wird zur Zeit massiv über Subventionen der EU finanziert. Allerdings MUSS sich Aufzucht und Haltung ausschließlich am Tierwohl orientieren, d.h. Betriebe werden nur gefördert, wenn Ställe und Auslauf, wenn die Bedingungen sich am



Tierwohl orientieren. Genügend Auslauf, große Ställe mit tiergerechtem Streu, keine Anbindehaltung mehr. Käfighaltung für Geflügel gehören verboten.

Leiharbeit in der tierverarbeitenden Industrie gehört verboten, oder muss, ähnlich wie in anderen europäischen Ländern, mit Zuschlägen, gezahlt werden. Die Verkettung von Verträgen mit Sub-, Subunternehmen muss unterbunden werden. Es müssen existenzsichernde Mindestlöhne gezahlt werden.

Hygienemängel kann mensch nur durch vielfältige, häufige, direkte Kontrollen durch fachlich gut ausgebildetes Personal erkennen und anzeigen. Darum muss mehr Personal seitens der Länder in den Kreisen ausgebildet und eingestellt werden. Unangekündigte , häufige Besuche und Kontrollen in den Betrieben müssen an der Tagesordnung sein.



### Frage 3

Nach dem BVG-Urteil zum Klimaschutzgesetz überschlagen sich die Parteien (bis auf die AfD) mit Erklärungen zur Bedeutung des Themas. Die Landwirtschaft trägt einen nicht unerheblichen Teil – laut Umweltbundesamt über 7% – zu CO<sub>2</sub>-Emissionen bei: Klimagase aus der Viehhaltung (Methan) und aus landwirtschaftlich genutzten Böden (u.a. Lachgas) kommen hinzu.

**Sehen Sie bzw. Ihre Partei Handlungsbedarf, um die Landwirtschaft zu einem nicht ausschließlich ertragsorientierten Wirtschaftssektor umzugestalten, der z.B. auch für gesellschaftliche Dienstleistungen (Bodenerhalt, Klimaschutz, Biodiversität) entlohnt wird?**



#### **Michael Aufenanger, CDU**

Das Ziel von CDU und CSU ist es, den Landbau ökologisch verträglich und ökonomisch tragfähig weiterzuentwickeln – in Kooperation mit der Landwirtschaft und nicht gegen sie.

Die Klimaleistungen und die Beiträge der Landwirtschaft zum Natur- und Artenschutz müssen bei zukünftigen politischen Entscheidungen berücksichtigt und auch honoriert werden. Dabei müssen alle Formen des Landbaus profitieren – ökologisch wie konventionell.



Mit der neuen Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) ist ein Systemwechsel erfolgt hin zu mehr ökologischer Nachhaltigkeit. Als Unionsparteien ist es uns wichtig, dass die GAP gleichzeitig einkommenswirksam bleibt. Wir werden kleine und mittlere Betriebe mit höheren Direktzahlungen für die ersten Hektare angemessen fördern und die Umweltmaßnahmen (Eco-Schemes und Agrarumweltprogramme) attraktiv ausgestalten. Den Ökolandbau werden wir weiter verlässlich fördern und die Forschungsförderung verstärken, insbesondere um die Ertragsunterschiede zum konventionellen Landbau zu verringern.

Die wachsende Nachfrage der Verbraucher soll möglichst mit heimischer Ware gedeckt werden können, weshalb wir auch die regionalen ökologischen Lebensmittelhersteller bei der Entwicklung der ländlichen Räume berücksichtigen.



### **Armin Schwarz, CDU**

Nordhessen ist geprägt von einem hohen Anteil extensiver Landwirtschaft mit stark steigenden Zuwachsraten im ökologischen Landbau. Die landwirtschaftlichen Organisationen und die Agrarverwaltung entlohnen gesellschaftliche Dienstleistungen wie Bodenerhalt, Klimaschutz und Biodiversität schon jetzt mit der umfangreichen Förderung von Agrarumweltmaßnahmen. Landwirte, die Agrarumwelt- und Landschaftspflegemaßnahmen wie z.B. vielfältige Kulturen im Ackerbau, Beibehaltung von Zwischenfrüchten über den Winter, Grünlandextensivierung, Bodenbrüterschutz oder die Integration von Blühflächen, Gewässer-/Erosionsschutzstreifen und Ackerrandstreifen in der Feldflur durchführen, erhalten hierfür eine finanzielle Förderung. Diese Entwicklung wollen wir weiter stärken, sodass gleichermaßen Landwirte und die Natur profitieren.



### **Dr. Bettina Hoffmann, BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN**

Öffentliches Geld für öffentliche Leistung - das ist ein Kernanliegen der Grünen Landwirtschaftspolitik. Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU sollte zu einem Instrument für eine sozial-ökologische Agrarpolitik werden – und nicht wie bisher für die Industrialisierung der Landwirtschaft. Ich setze mich für eine Reform ein, damit die Milliarden an öffentlichen Geldern künftig für öffentliche Leistungen wie Klima-, Umwelt- und Tierschutz eingesetzt werden und dabei die regionale Landwirtschaft stärken.

Um den nachhaltigen Umbau der Landwirtschaft gemeinsam mit den Bäuer\*innen voranzutreiben, gilt es, die nationalen Spielräume für die bevorstehende Förderperiode bestmöglich für diese Ziele zu nutzen. Wir Grüne wollen das System der Direktzahlungen schrittweise durch eine Gemeinwohlprämie ablösen, die konsequent gesellschaftliche Leistungen honoriert. Wir setzen uns für innovative Instrumente der Agrarumweltförderung ein, bei denen Klima- und Naturschutz sowie agrarökologische Ziele gemeinsam gedacht werden. Bis zum Jahr 2028 wollen wir für mindestens die Hälfte der Gelder eine ökologische Zweckbindung erreicht haben.



### **Dr. Peter Koswig, BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN**

Auch der Landwirtschaftsbereich muss zum Schutz unseres Klimas seine Emissionen von aktuell etwa 60 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> Äquivalent erheblich senken. Das wird nur gelingen durch eine deutliche Verminderung des Viehbestandes und die weitgehende Nutzungsaufgabe und Wiedervernässung trocken gelegter Moorstandorte.

Auch Leistungen zum Humusaufbau, zum Wirtschaften ohne Pestizide und Kunstdünger, zur Weidetierhaltung oder zur wirksamen Förderung der Biodiversität, insbesondere durch Ackerbrachen, sind finanziell zu fördern. Durch die Nutzung der abzubauenen pauschalen Flächenprämienfelder stünden hierfür ganz erhebliche Mittel bereit.



### **Boris Mijatovic, BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN**

Bei den Zahlen des UBA fehlen noch die Belastungen des Klimas zum Beispiel für die Produktion der Futtermittel und der der Industrie zugerechneten Produktion von Mineraldünger und Pestiziden. Der Anteil der Landwirtschaft ist mit diesen Werten laut UBA sogar etwa bei 13 Prozent.

Veränderungen zu mehr Klimaschutz in der Landwirtschaft wurden leider auf EU Ebene bei der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik verpasst. Frau Klöckner hat auch für die Bundesrepublik mit ihrer „Ackerbaustrategie“ keinerlei neue Wege vorgeschlagen, sondern setzt weiter auf das Agrarsystem der Industrie und des Bauernverbandes – mit ein paar kosmetischen Korrekturen, beispielsweise durch die Digitalisierung der Landwirtschaft. Dabei stehen die unqualifizierten Direktzahlungen pro Hektar Fläche weiterhin im Zentrum der Förderpolitik. Das ist mit den Zielen des Green Deal (Klimaneutral bis 2050) und der Farm-to-Fork Strategie (ua. Halbierung von Pestizidmengen auf dem Acker) nicht vereinbar! Neben dem Klimawandel haben wir einen drastischen Verlust in der Artenvielfalt zu verzeichnen. Mehrere Beiräte der Bundesregierung, die Änderungen fordern werden seit Jahren überhört.

Wir Grünen wollen eine Förderpolitik, die der Allgemeinheit zu Gute kommt, frei nach dem Motto: Gesellschaftliche Mittel, sprich Steuergeld, nur für gesellschaftliche Leistungen, sprich Ressourcenschutz, schütz der Ökosystemleistungen und Naturschutz. In der EU-Agrarpolitik ist die Ausgestaltung eines Teils der Förderkulisse den Mitgliedstaaten freigestellt. Diese kleine Chance wollen wir Grüne nutzen, um in die Agrarwende einzusteigen und um mittelfristig das System der Direktzahlungen in eine Förderung einer konsequent nachhaltigen Landwirtschaft umzustellen, damit auch unsere Enkel noch gesunde Nahrungsmittel und biobasierte Rohstoffe anbauen können.

### **Timo Gremmels, SPD**



Selbstverständlich sehen wir hier großen Handlungsbedarf. Ähnlich wie die Verbändeplattform und der Deutsche Verband für Landschaftspflege fordern wir auch für die Europäische Gemeinsame Agrarpolitik GAP eine grundlegende Umgestaltung der Agrarpolitik, u.a. durch Einführung einer Gemeinwohlprämie, einer Honorierung von Ökosystemleistungen, welche bereits von der EU als Konzept positiv beurteilt wurde. Wir brauchen insgesamt mehr Mechanismen, um höhere Anforderungen an Tierwohl und Biodiversität auch finanziell zu honorieren.



### **Sabine Leidig, DIE LINKE**

Wir wollen Anbausysteme fördern, die Klima, Böden, Tiere und Pflanzen besonders schützen (zum Beispiel Ökolandbau, Paludikulturen, Permakultur, Agroforstsysteme, tief wurzelnde Nutzpflanzen). Dazu wollen wir ein umfassendes Förder- und Weiterbildungsprogramm für Landwirt\*innen entwickeln, das nicht nur finanzielle Unterstützung leistet, sondern Wissen für die sozialökologische Agrarwende schafft.

Wir wollen eine Tierhaltung, die flächengebunden und auf die einheimische Nachfrage bezogen ist. Für Regionen und Standorte führen wir Bestandsobergrenzen ein. Megaställe lehnen wir ab. Wir stärken die Bürgerbeteiligung bei Genehmigungsverfahren für den Bau von Mastställen. Den Umbau zu einer gesellschaftlich akzeptierten und klimagerechten Tierhaltung leiten wir ein. Dabei muss eine sozial faire Finanzierung gesichert werden. Die bisher profitierenden Konzerne beteiligen wir angemessen an den Umbaukosten.



### **Heide Scheuch-Paschkewitz, DIE LINKE**

Ein sehr großer Teil der Subventionen der EU gehen in die Landwirtschaft. Dort müssen die Hebel umgelegt werden, hin zu einer gemeinwohlorientierten Landwirtschaft, unter Berücksichtigung des Klima- und Umweltschutzes unter sozial ausgewogenen Bedingungen. Dazu gehören auch Maßnahmen zur Erhaltung der Biodiversität und des Klima- und Bodenschutzes. Allerdings können auch auf Landesebene und im Bund die Fördergelder für den Erhalt und Ausbau von Maßnahmen im Rahmen des Klimaschutzes fließen. Die Hebel müssen schnellstmöglich umgelegt werden, auf allen politischen Ebenen, hin zu einer, wie schon oft angesprochenen, gemeinwohlorientierten, mit guten sozialen Bedingungen, wie Arbeitszeiten und Bezahlung, biologisch und ökologisch ausgewogenen, hin zu einer extensiven, weg von der intensiven, vielfältigen, unter tierwohlgerechten Bedingungen handelnden Landwirtschaft.